

A1 Befreiung der Menschen, nicht Entfesselung der Märkte: Mercosur-EU-Deal stoppen!

Antragsteller*in: Lene Greve; Svenja Horn (CG Uni Hamburg)

Tagesordnungspunkt: 8.2.1. Inhaltliche Anträge

Antragstext

1 Wir, die Bundesmitgliederversammlung von Campusgrün, begrüßen das bisherige
2 Scheitern des EU-Mercosur-Freihandelsabkommens. Das Freihandelsabkommen würde
3 die Bedrohung unserer gemeinsamen natürlichen Lebensgrundlagen verschärfen sowie
4 die weitere Prekarisierung von Beschäftigungsverhältnissen durch zunehmenden
5 Konkurrenzdruck im Interesse gesteigerter Profite – insbesondere für deutsche
6 Automobilkonzerne und brasilianische Großgrundbesitzer – vorantreiben. Für eine
7 positive Wendung der aktuellen ökologischen, sozialen und gesundheitlichen
8 Krisen rufen wir die Grünen in Bundestag und EU-Parlament auf:

9 1. Dem EU-Mercosur-Freihandelsabkommen weiterhin nicht zuzustimmen – auch
10 dann nicht, wenn es durch zusätzliche Umweltschutz- und Arbeitsrechts-
11 Versprechungen eingewaschen werden soll.

12 2. Anstelle einer EU-Einmischungspolitik die positive Entwicklung
13 insbesondere der bestehenden übergreifenden Bündnisse im karibisch-
14 lateinamerikanischen Raum zu befördern – unter anderem durch ein
15 verstärktes Eintreten zur Beendigung der völkerrechtswidrigen US-
16 Sanktionen gegen Kuba.

17 3. Die gemeinsamen Herausforderungen auf Augenhöhe anzugehen und dafür die
18 Intensivierung von kulturellem Austausch auf zivilgesellschaftlicher Ebene
19 zu unterstützen; insbesondere gilt dies für die Förderung von Studien-
20 Austauschprogrammen, die dazu beitragen können, den globalen Horizont auch
21 innerhalb deutscher Hochschulen zu stärken.

Begründung

„Man springt auf den fahrenden Zug auf und diskutiert nicht die Bedingungen der verschiedenen Wirtschaften, weder im Vorfeld noch in der Gegenwart. Man nivelliert die abgestuften Ebenen der verschiedenen Wirtschaften, ohne die Unterschiede zu bedenken, die die „Rechte“ der Starken und ihre Macht, sich ihrer zu bedienen, und die Schwachheit der Armen bei der Durchsetzung ihrer Rechte trennen. [...] Einer der wirksamsten Mechanismen ihrer fatalistischen Ideologie besteht darin, die Betroffenen der unterworfenen Volkswirtschaften davon zu überzeugen, dass man an der Situation nichts ändern könne, dass einem nichts anderes übrig bleibe, als den Dingen ihren natürlichen Lauf zu lassen. [...] Eine Globalisierungsdebatte, die von Ethik spricht, verschweigt allerdings, dass sie dabei die Ethik des Marktes meint und nicht die universale Ethik des Menschen, für die wir verstärkt kämpfen müssen, wenn wir uns für eine menschliche Welt entscheiden wollen. Die Debatte über die Globalisierung verbirgt die Schärfe – oder versucht zumindest diese zu verschleiern –, mit welcher die Bösartigkeit in drastischer Weise neu aufgelegt wird, mit der der Kapitalismus in der Geschichte erscheint. Der ideologische Diskurs über die Globalisierung möchte die Tatsache verschleiern, dass sie den Reichtum einiger weniger festigt und die Armut und das Elend von Millionen von Menschen erklärt. [...] Ich ziehe es vor, als Idealist und

eingefleischter Träumer kritisiert zu werden, der ohne zurückzuschlagen weiter auf den Menschen setzt anstatt auf eine Gesetzgebung, die die aggressiven und ungerechten Übergriffe derjenigen verteidigt, die die eigene Ethik verletzen. Die Freiheit des Handels darf nicht über der Freiheit der Menschen stehen.“ (Paulo Freire, brasilianischer Befreiungspädagoge und Entwickler eines weltweit erfolgreichen Alphabetisierungsprogrammes, 1996 in „Pädagogik der Autonomie“)

Das Freihandelsabkommen zwischen EU und Mercosur-Staaten (Argentinien, Brasilien, Paraguay und Uruguay) liegt unterzeichnet und unratifiziert in der Schublade. Die Ratifizierung des Abkommens wurde 2020 zunächst mit dem Rückenwind öffentlicher Proteste der internationalen Klimabewegung und von europäischen Bauernverbänden im EU-Parlament gestoppt.

Im Koalitionsvertrag der kommenden Bundesregierung ist – in ethisch sauberer Verkleidung – nun eine rot-grüne Verneinung vor dem Marktliberalismus der FDP festgehalten, die auch den EU-Mercosur-Deal meint: „Wir wollen den regelbasierten Freihandel auf Grundlage von fairen sozialen, ökologischen und menschenrechtlichen Standards stärken“. Diese Formulierung unterstellt, das Prinzip der Nachhaltigkeit sei nicht bereits unvereinbar mit der Zuspitzung globaler Konkurrenz, an deren wirtschaftlich durchsetzungsstarker Spitze die größten Unternehmen in den industrialisierten Ländern stehen.

Letztere üben weiter Druck für die Umsetzung des Freihandelsabkommens aus. Lobbyverbände wie der European Round Table of Industrialists, die auf die Erschließung neuer Absatzmärkte – auch für hierzulande verbotene Pestizide und unbeliebte Verbrennermotoren – spekulieren, forcieren das EU-Mercosur-Freihandelsabkommen.[1] In ihrem Interesse waren das deutsche Bundeswirtschaftsministerium[2] und die EU-Kommission unter der Führung von CDU-Politikerin Ursula von der Leyen sogar bereit, mit dem faschistischen brasilianischen Präsidenten Jair Bolsonaro als wichtigstem Partner auf der Mercosur-Seite den Deal abzuschließen. Diese seinerseits wird innenpolitisch maßgeblich durch landwirtschaftliche Großunternehmer gestützt, die ebenfalls auf zusätzliche Exporte durch den Freihandel (auf Kosten des Regenwaldes und der Arbeitnehmer:innenrechte) spekulieren.

Nach dem Scheitern dieser Dreistigkeit an der engagierten Zivilbevölkerung versucht die EU-Kommission aktuell, das Freihandelsabkommen mittels Greenwashing noch durch den Gesetzgebungsprozess im EU-Parlament zu hieven. Eine von der Beratungsagentur der London School of Economics herausgegebene Studie sollte dabei helfen, Verbänden wie Greenpeace und den Aktiven von Fridays for Future Sand in die Augen zu streuen – und unterschlägt dafür die absehbare zunehmende Entwaldung sowie zusätzliche CO₂-Emissionen aus dem Transportdienstleistungssektor in der Folgenabschätzung.[3]

Sollte das EU-Mercosur-Freihandelsabkommens in Kraft treten, sehen mehrere aktuelle Studien neben der zunehmenden Umweltzerstörung das ab, was Paulo Freire in seiner Kritik der Globalisierung von oben anmahnt: Den Reichtum einiger weniger auf Kosten der Armut von Millionen. Die weitere Prekarisierung von Arbeitsverhältnissen beträfe dabei nicht nur den Mercosur-Raum, sondern auch die ökonomisch durchsetzungsstärkeren Wirtschaften der EU. Eine Analyse der Boston University verbindet für Deutschland mit dem Abkommen eine weitere Zuspitzung der sozialen Ungleichheit und warnt, das Freihandelsabkommen könne nicht genug Wachstum erzeugen, um damit die unnachhaltige Grundstruktur der deutschen Wirtschaft auszugleichen – dies könne nur durch mehr Investitionen oder eine andere Lohnpolitik gelingen.[4]

Auf Seite der Mercosur-Staaten ist gleichzeitig im Zuge der progressiven Wende in Lateinamerika die althergebrachte Abhängigkeit von der „Entwicklungshilfe“ des Westens nicht mehr ausgemacht. Dies gilt umso mehr, wenn nach der erwarteten Abwahl Bolsonaros im kommenden Herbst eine vertiefte Entwicklungskooperation innerhalb der lateinamerikanischen und karibischen Staaten gelingt, die ein alternatives Entwicklungsmodell zur (neben dem internationalen Währungsfonds) auch ideologisch hergestellten Abhängigkeit von EU-Staaten ermöglicht.[5]

Die Souveränität der Bevölkerung gegenüber den auf schnelle Profite orientierten Konzernen zu stärken, ist in der EU wie im Mercosur-Raum unsere gemeinsame Aufgabe. Die Freiheit des Handels darf dabei nicht

über der Freiheit der Menschen stehen, in internationaler Kooperation für sozial gerechte Lebensbedingungen einzutreten.

[1]https://ert.eu/wp-content/uploads/2021/01/ERT-Expert-Paper-the-EUs-Trade-Policy-Review_Nov2020.pdf, S. 7

[2]<https://www.bmwi.de/Redaktion/DE/Artikel/Aussenwirtschaft/assoziiierungsabkomm-en-zwischen-der-eu-und-den-mercotur-staaten.html>

[3]<https://www.lse.ac.uk/business/consulting/reports/sia-in-support-of-the-association-agreement-negotiations-between-the-eu-and-mercotur>, <https://awblog.at/eu-mercotur-handelsabkommen-2/>

[4]https://www.bu.edu/gdp/files/2021/06/GEGI_WP_052_FIN.pdf, <https://www.vie-publique.fr/rapport/276279-effets-potentiels-de-laccord-dassociation-entre-lue-et-le-mercotur>, <https://www.arbeiterkammer.at/asses-eu-mercotur>

[5]<https://amerika21.de/2021/09/254174/celac-mexiko-stadt-la-integration>

A2NEU Reproduktive Selbstbestimmung umsetzen - Schwangerschaftsabbrüche legalisieren!

Gremium: Bundesvorstand
Beschlussdatum: 05.05.2022
Tagesordnungspunkt: 8.2.1. Inhaltliche Anträge

Antragstext

1 **Campusgrün fordert die Streichung der Regelungen zu Schwangerschaftsabbrüchen** 2 **aus dem Strafgesetzbuch.**

3 Die aktuelle Bundesregierung plant die Streichung des § 219a StGB, des
4 sogenannten Werbeverbots. Dieses verbietet es Gynäkolog*innen, öffentlich
5 darüber zu informieren, dass sie Schwangerschaftsabbrüche durchführen und über
6 deren Modalitäten aufzuklären. Diese Planung der Ampel-Regierung ist das
7 Ergebnis jahrelanger Bemühungen zivilgesellschaftlicher Aktivist*innen und
8 Ärzt*innen. Die geplante Streichung ist ein guter Schritt in die richtige
9 Richtung, jedoch noch unzureichend: Schwangerschaftsabbrüche haben im StGB
10 nichts zu suchen!

11 Stattdessen fordert Campusgrün ein Recht auf Schwangerschaftsabbrüche, welches
12 ein Recht auf körperliche und insbesondere reproduktive Selbstbestimmung zum
13 Ausdruck bringen würde. Damit einhergehen muss auch eine gute gesundheitliche
14 Versorgung der ungewollt Schwangeren: So muss es ein flächendeckendes Netz an
15 Praxen, die Schwangerschaftsabbrüche anbieten, geben - sowohl auf dem Land, als
16 auch in der Stadt, sodass ungewollt Schwangere nicht weit in eine ihnen fremde
17 Stadt fahren müssen. Die weiten Anfahrten kosten sowohl zeitliche als auch
18 finanzielle Ressourcen, die nicht allen Personen zur Verfügung stehen.

19 Das Thema muss gesamtgesellschaftlich enttabuisiert werden, sodass Personen, die
20 sich unsicher sind, ob sie ihre Schwangerschaft abbrechen möchten, offen darüber
21 sprechen können und sich - auch von ihrem sozialen Umfeld - ohne Scham beraten
22 lassen können. Nicht alle, die abgetrieben haben, haben danach psychische
23 Schwierigkeiten damit. Sollte dies aber der Fall sein, muss es möglich sein,
24 dass sie unproblematisch psychotherapeutische Begleitung in Anspruch nehmen
25 können.

26 Es ist wichtig, dass es gesellschaftlich akzeptiert wird, dass Schwangere
27 selbstbestimmt über ihren Körper entscheiden können. Die Einschränkung der
28 Selbstbestimmung ist ein patriarchales Instrument, mit dem die Fähigkeit zur
29 Reproduktion, welche cis Männern vorenthalten bleibt, kontrolliert werden soll.
30 Diese Einschränkung der Selbstbestimmung wird nicht nur staatlich, wie etwa
31 durch gesetzliche Regelungen, gefördert, sondern auch durch die Kirche. Vielfach
32 kommt es vor Abtreibungskliniken zu sogenannten Gehwegbelästigungen, bei welchen
33 Personen auf dem Weg zum Schwangerschaftsabbruch ein schlechtes Gewissen gemacht
34 werden soll. Auch hiergegen plant die aktuelle Bundesregierung Maßnahmen, die
35 schnellstmöglich umgesetzt werden müssen! Gerade aus dem Grund, dass Private und
36 Kirchen oftmals nicht die Interessen der ungewollt Schwangeren verfolgen, müssen
37 öffentliche Stellen die Beratung der Betroffenen sicherstellen, solange diese

38 Beratung gesetzlich verpflichtend ist (§§ 218a, 219 StGB). Auch diese
39 Möglichkeiten zur Beratung müssen flächendeckend verfügbar sein.

40 Wichtig ist ebenfalls, dass die Kosten für den Schwangerschaftsabbruch sowie
41 alle weiteren in diesem Zusammenhang entstehenden Kosten vollständig von den
42 gesetzlichen Krankenkassen übernommen werden. Aktuell ist dies nur bei einem
43 kleinen Teil der Kosten der Fall. Die Kosten für den eigentlichen
44 Schwangerschaftsabbruch - bis zu 570 € - müssen die ungewollt Schwangeren selbst
45 tragen. Die Kosten können einkommensabhängig auch übernommen werden, allerdings
46 muss die Übernahme noch vor dem Eingriff beantragt werden. Da der Zeitraum, in
47 dem Schwangerschaftsabbrüche in Deutschland straffrei sind, sehr kurz ist, kann
48 dies zu erheblichen Problemen und zusätzlichem Stress führen.

Begründung

Campusgrün unterstützt bereits seit einiger Zeit die Kampagne #wegmit218 [1] und setzt sich für die reproduktiven Rechte von Personen mit Uterus ein. Dieser Antrag soll unsere Beschlusslage zum Thema vervollständigen.

Das Verbot von Schwangerschaftsabbrüchen stammt noch aus dem 19. Jahrhundert und wurde vom Reichsstrafgesetzbuch ins heutige Strafgesetzbuch übernommen. Auch wenn inzwischen der Abbruch einer Schwangerschaft in bestimmten Fällen straffrei - aber dennoch rechtswidrig - ist, zeigen sich erhebliche Mängel in der Gesundheitsversorgung und Selbstbestimmung.

Dass die Bundesregierung nun den § 219a StGB abschaffen will, ist ein guter Schritt, unsere Kämpfe für eine echte körperliche, sexuelle, reproduktive Selbstbestimmung dürfen jedoch nicht aufhören.

[1] www.wegmit218.de

A3 Her mit dem Tarif für studentisch Beschäftigte!

Gremium: Bundesvorstand
Beschlussdatum: 05.05.2022
Tagesordnungspunkt: 8.2.1. Inhaltliche Anträge

Antragstext

1 Campusgrün - Bundesverband grün-alternativer Hochschulgruppen unterstützt und
2 solidarisiert sich mit der Forderung nach einem Tarifvertrag für studentisch
3 Beschäftigte ("TVStud"). Dazu sollen die lokalen grün-alternativen
4 Hochschulgruppen lokale Initiativen von TVStud nach ihren Möglichkeiten
5 personell und finanziell unterstützen.

6 Bei TVStud handelt sich es um eine bundesweite Kampagne, welche sich mit der
7 Forderung eines Tarifvertrags für studentisch Beschäftigte an die
8 Tarifgemeinschaft deutscher Länder adressiert. Die Forderungen zielen auf eine
9 Verbesserung der bislang oftmals prekären Arbeitsbedingungen ab.

10 Diese lauten:

Existenzsichernde Löhne

12 Der Stundenlohn der meisten studentisch Beschäftigten liegt aktuell bei unter 11
13 Euro - das ist ab Oktober 2022 weniger als der Mindestlohn. Dass derartige Löhne
14 die Existenz von Studierenden kaum sichern können - insbesondere in Anbetracht
15 hoher Mieten und Lebensmittelkosten sollte klar sein. Dadurch werden die Jobs an
16 Hochschulen immer weniger attraktiv, da andere Arbeitgeber*innen häufig besser
17 bezahlen. Somit entsteht an vielen Hochschulen ein Personalmangel, der dringend
18 gefüllt werden muss.

Jährliche Lohnerhöhungen

20 Durch die steigenden Lebenserhaltungskosten sind jährliche Lohnerhöhungen
21 dringend notwendig. Diese muss tariflich festgeschrieben werden, damit
22 Lohnsteigerungen nicht von politischen Mehrheiten und der Einhaltung von
23 Selbstverpflichtungen abhängig sind. Diese Erhöhungen müssen an die
24 Tarifierhöhungen der anderen an Hochschulen Beschäftigten gekoppelt sein, sodass
25 sich deren Kämpfe mit jenen der studentisch Beschäftigten verbinden können.

Planbarkeit durch Mindestvertragslaufzeiten

27 Befristete Verträge sind an nahezu allen Hochschulen die Regel: Häufig laufen
28 die Verträge der studentisch Beschäftigten zwischen 2 und 6 Monaten. Neben dem
29 hohen dadurch verursachten bürokratischen Aufwand, verfolgt diese Handhabung
30 natürlich kapitalistische Ziele: Während Kündigungen stets begründet werden
31 müssen und auch ein rechtlicher Kündigungsschutz besteht, ist dies bei
32 Nichtverlängerungen von Verträgen nicht der Fall. So können unliebsame
33 studentisch Beschäftigte kurzerhand losgeworden werden, welche dann kein
34 Einkommen mehr zur Verfügung haben, von dem sie abhängig sind. Entsprechend
35 haben studentisch Beschäftigte immer die Sorge, in wenigen Monaten ihren Job zu
36 verlieren und können kaum planen. Die Kettenbefristungen haben für die

37 Arbeitgeber*innen einen weiteren Vorteil, gleichzeitig einen großen Nachteil für
38 die Beschäftigten: Oftmals werden Verträge, beispielsweise für Tutor*innen
39 lediglich für die Vorlesungszeit abgeschlossen, in den Semesterferien fällt die
40 Einkommensquelle dann komplett weg - obwohl Miete und Lebenshaltungskosten
41 natürlich weiterhin anfallen.

42 **Einhaltung von Mindeststandards**

43 Auch studentisch Beschäftigte haben - wie alle Arbeitnehmer*innen - einen
44 gesetzlichen Anspruch auf Urlaub und auf Lohnfortzahlung im Krankheitsfall.
45 Leider werden diese Standards nicht überall eingehalten: Häufig arbeiten
46 studentisch Beschäftigte ihre Krankheitstage nach und wissen teilweise nicht
47 einmal, dass sie einen Anspruch auf Urlaub haben, da ihre Arbeitgeber*innen sie
48 nicht darauf hinweisen. Doch diese Standards sind lediglich ein - wenn auch hart
49 erkämpftes - Minimum. Durch Tarifverträge werden diese verbessert und genauer
50 geregelt.

51 **Mitbestimmung auch für uns**

52 Gerade in einem kapitalistischen System muss immer klar sein, dass die
53 Organisierung der Arbeiter*innen und Angestellten eine Notwendigkeit ist, um die
54 eigenen Interessen durchzusetzen. Da Arbeitgeber*innen stets gewinnorientiert
55 handeln, werden sie Arbeitsbedingungen nicht verbessern, Löhne nicht erhöhen,
56 ohne, dass die Arbeitnehmer*innen Druck machen. In der Regel geschieht dies
57 durch Personalräte. Jedoch werden studentisch Beschäftigte in fünf Bundesländern
58 nicht einmal durch den Personalrat vertreten, in sieben haben sie weder ein
59 passives, noch ein aktives Wahlrecht, obwohl dies doch so dringend notwendig
60 wäre. Mitbestimmungsrechte und Interessenvertretung sind zentrale demokratische
61 Grundwerte, welche auch studentisch Beschäftigten in vollem Umfang zustehen
62 müssen.

63 Wir fordern eine allgemeine Stärkung von SHK-Vertretungen, da durch diese Organe
64 die Beschäftigten gemeinsam und organisiert an die Arbeitgeber*innen herantreten
65 können und Forderungen durchsetzen können.

66 **Campusgrün fordert daher: TdL, gib Tarif!**

Begründung

Der Campusgrün Bundesverband, sowie viele der Mitgliedsgruppen unterstützen die TVStud-Kampagne #keine Ausnahme bereits seit ihrem Start. So waren auf der 43. Bundesmitgliederversammlung im Mai 2021 auch Aktivist*innen aus der TVStud Bewerbung zu Gast, die einen Inputvortrag gehalten haben. Dieser fand schon damals sehr viel Anklang.

Dieser Antrag soll die Lücke in unserer Beschlusslage schließen und unsere Solidarität und Unterstützung offiziell machen.

Alle weiteren Informationen sind unter www.tvstud.de zu finden, die einzelnen Forderungen sind dort in den FAQs gut erklärt.

*TdL = Tarifgemeinschaft der Länder, Arbeitgeberverband des öffentlichen Dienstes

Weitere Begründung erfolgt mündlich.

A4-NEU3 Lehre(n) aus Corona ziehen

Gremium: Bundesvorstand
Beschlussdatum: 05.05.2022
Tagesordnungspunkt: 8.2.1. Inhaltliche Anträge

Antragstext

1 LEHRE(N) AUS CORONA ZIEHEN

2
3 Viele deutsche Hochschulen haben die Digitalisierung lange verschlafen und
4 wurden durch Corona dazu gezwungen, dies in kürzester Zeit nachzuholen.
5 Die Leidtragenden waren mal wieder die Studierenden.
6 Zwei Jahre nach Beginn der Pandemie haben sich zumindest einige Dozierende daran
7 gewöhnt und die allermeisten Hochschulen haben immerhin irgendeine Lösung
8 bereitgestellt.

9 Doch ist jetzt alles gut und klappt Online-Uni wirklich?
10 Während wir erkennen, wie wichtig die Umstellung auf Distanzlehre war, um
11 einander solidarisch vor einer gefährlichen Infektion zu schützen, sehen wir
12 einige Mängel und fordern, dass langfristig Lehren aus Corona gezogen werden.

13 Wichtigkeit von Präsenzlehre nicht vergessen

14 Als Campusgrün Bundesverband setzen wir uns weiterhin dafür ein, dass
15 Universitäten solidarisch geöffnet werden, wenn die Pandemie-Entwicklung dies
16 zulässt.
17 Zwei Jahre Corona haben uns nicht nur gezeigt, dass Digitalisierung erforderlich
18 ist, sondern auch funktionieren kann. Sie hat uns außerdem aber auch schmerzlich
19 gezeigt, wie wichtig persönlicher unmittelbarer Austausch sein kann, um ein
20 erfolgreiches Studium, aber auch vor allem die kritische und zugleich
21 rücksichtsvolle Auseinandersetzung unter Studierenden und mit den Dozent*innen
22 zu gewähren. Präsenz erleichtert Nachfragen - sie ermöglicht Einwände,
23 vereinfacht nach den Vorlesungen und anderen Veranstaltung eine kleine Frage an
24 die*den Professor*in zu stellen und sich mit Kommiliton*innen für Lerngruppen zu
25 vernetzen, sich über Erfahrungen auszutauschen oder einfach neue Freund*innen zu
26 finden.

27 Gegen die Vereinzelung

28 Durch die Isolierung werden auch der politische Austausch, studentische
29 Organisierung und Vernetzung erheblich erschwert. Wir sind der Meinung, dass
30 Hochschulen ein politischer Ort sind und sein müssen, weshalb es unerlässlich
31 ist, dass Studierende sich über aktuelle (hochschul-)politische Entwicklungen
32 austauschen und informieren können. Die verfasste Studierendenschaft ist ein
33 wichtiges Organ der Meinungsbildung und Einflussnahme von Studierenden, die
34 durch die Vereinzelung aufgrund digitaler Lehre nicht untergraben werden darf.
35 Darum fordern wir von den Hochschulen nicht nur die Rückkehr zur Präsenz,
36 sondern auch im Besonderen die Unterstützung der Aktivität von Hochschulgruppen,

37 zum Beispiel durch das Bereitstellen ausreichender Räumlichkeiten und einer
38 möglichst barrierefreien und einfachen Möglichkeit der Buchung und Nutzung.

39 **Chancen der Digitalisierung**

40 Für einige Studierende hatte das Online-Semester auch einen positiven Effekt:
41 Digitaler Austausch senkt für Studierende mit Behinderung, chronischer oder
42 psychischer Erkrankung sowie neurodivergente Studierende
43 die Hürden. Flexibilität durchs Aufnehmen von Veranstaltungen ist gut für
44 Studis, die pflegend oder betreuend Verantwortung für Familie und Angehörige
45 übernehmen. Studis mit Behinderung erlebten durch Online-Lehre weniger Barrieren
46 oder hatten wenigstens vergleichbare Voraussetzungen wie ihre Kommiliton*innen.

47 **Stay Hybrid**

48 Wir unterstützen "mehr digital", wenn dies nicht als Sparmaßnahme durchgesetzt
49 wird, die Präsenz-Angebote einfach ersetzt. Stattdessen fordern wir eine bessere
50 finanzielle Ausgestaltung der Hochschulen und Universitäten, damit ein Neben-
51 und Miteinander Präsenz- und digitaler Angebote entsteht, das den Studierenden
52 zusätzliche Lern- und Austauschmöglichkeiten bietet. Gerade weil die Pandemie
53 noch anhält, braucht es sowohl Angebote für Studierende, denen die unmittelbare
54 soziale Interaktion sonst fehlen würde, als auch für Studierende, für die eine
55 Teilnahme an Präsenzlehre ein zu großes Risiko wäre oder sie erheblich
56 einschränken würde. Ein gutes begleitendes hybrides Lern- und Lehrangebot
57 ermöglicht ein modernes, flexibles und barriereärmeres Studium. Es erleichtert
58 etwa Studierenden, die Kinder betreuen, Angehörige pflegen oder zur Finanzierung
59 ihres Studiums arbeiten müssen das Leben enorm und bietet benachteiligten
60 Menschen Teilnahme und Teilhabe. Diesen Zugewinn an Möglichkeiten und
61 Gleichberechtigung dürfen die Hochschulen nicht durch den Verzicht auf Hybrid
62 und die Rückkehr zur Präsenz als einzigem Lehrformat wieder abbauen. Alternative
63 Möglichkeiten der Teilnahme und Teilhabe müssen weiterhin angeboten und beworben
64 werden. Wir fordern, auch nach der Pandemie eine gute Lernumgebung für alle
65 Studierenden aufrechtzuerhalten und weiterzuentwickeln.

Begründung

Auf unserer 41. BMV vor 2 Jahren haben wir beschlossen, dass wir uns als Campusgrün für eine solidarische Öffnung der Universitäten einsetzen, sobald dies wieder möglich ist.

Wir haben dort klargestellt, dass wir Studierende nicht bloß als Publikum sehen, sondern als Wissenschaftssubjekte, die sich aktiv an ihren Hochschulen austauschen, einbringen und an der demokratischen Selbstverwaltung teilhaben.

Zwei Jahre Corona-Pandemie haben uns jetzt gezeigt, wie verschieden Studierende mit einer digitalisierten Hochschule umgehen, sie haben uns aber auch gezeigt, dass unsere Befürchtungen berechtigt waren.

In diesem Antrag stellen wir fest, dass ein rein digitaler Campus viele Nachteile bedeutet:

Demokratischer Austausch, Sozialleben aber auch eine interaktive und gut verständliche Lehre kommt oft nicht ohne "Präsenz"-Formate aus.

Doch nicht allen Studierenden wurden die Hochschulen vorher gerecht. Insbesondere Studierende mit Behinderung, Studierende, die ihre Kinder betreuen müssen, Angehörige pflegen oder die neben dem Studium arbeiten müssen, konnten bisher nicht an allen angebotenen Formaten teilnehmen.

Wir wollen daher verdeutlichen, dass wir als Campusgrün für Hochschulen kämpfen, die allen Bedürfnissen gerecht werden. Digitalisierung kann eine Chance geben, mehr Menschen ein Studium und aktive Teilhabe an ihrer Hochschule zu ermöglichen - dazu darf sie aber nicht als Ersatz oder Sparprogramm verstanden werden.

Für uns ist klar, dass Hochschulen ein Ort ohne Diskriminierung sein müssen.

Gute Lehre mit hybriden Elementen ist für uns dazu ein wichtiger Schritt.